

Bern, 27.1.17

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit 1. November 2017, 19.15 bis 20.20 Uhr
Ort, Raum Hotel Bern, Bern
Präsenz 105 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr 53
Protokollführung Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	2
2.1	StimmzählerInnen.....	2
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung.....	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 26.8.2017.....	3
4	Rede Matthias Aebischer	3
5	Grossratswahlen 2018	4
5.1	Präsentation Team Basiskampagne	4
5.2	Präsentation Wahlplattform.....	5
5.2.1	Bildung, Arbeit und Innovation	5
5.2.2	Gesundheit, Soziale Sicherheit und Integration	6
5.2.3	Verkehr, Raumplanung und Energie.....	7
5.3	Diskussion und Verabschiedung Wahlplattform	8
6	Resolutionen	8
7	Verschiedenes	8
8	Schluss des Parteitages	8

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Parteipräsidentin **Ursula Marti** eröffnet den Parteitag.

Ursula begrüsst die Anwesenden zum Parteitag. Es ist ein Parteitag im Zeichen der Grossratswahlen. Wir präsentieren unsere Wahlplattform, unsere Ziele für die nächsten vier Jahre, unseren Kompass. Aber: Ziele bringen nichts, wenn wir im Grossen Rat nicht deutlich zulegen, derzeit sind wir klar in der Minderheit. Seitdem die Bürgerlichen im Grossen Rat und im Regierungsrat die Mehrheit haben, machen sie Powerplay: Sie wollen die Unternehmenssteuern senken und dafür ein möglichst grosses Abbaupaket durchdrücken. Sie haben kein Gewissen, kein Ohr für Sorgen. Spitex – Pahl, wer es sich nicht leisten kann soll doch Ergänzungsleistungen beantragen, das ist der O-Ton von Bürgerlichen, wenn kein Mikrofon in der Nähe ist. Die Bürgerlichen sind scheinheilig: Scheinbar setzen sie sich für die Spitex ein. Das soll aber lediglich darüber hinwegtäuschen, dass FDP und SVP die Oberabbauer sind; angeführt vom Oberchefabbauer in der Regierung. Sie spielen ausserdem noch ein anderes Spielchen: Zuerst setzen sie mit der bürgerlichen Mehrheit Abbauentseide durch, danach, wenn die harten Massnahmen bekannt werden, «schützen» sie Institutionen, weil die Entseide unpopulär sind. Das ist scheinheilig und verlogen. Daneben sind sie nämlich eiskalt, wenn es um Sparmassnahmen bei Themen ohne grosse Lobby geht: Armutsbetroffene, Behinderte, Kranke, psychisch Kranke, Palliativpflege, Schule, ...

Wir sind es, die sich für die breite Bevölkerung einsetzen, für einen starken Service Public! Beim öV stehen derzeit die Abstimmungen zum Tram Bern-Ostermündigen im Zentrum. In Bern wird es wohl gut kommen, am 4. März, bei der kantonalen Abstimmung, wird es schwierig. Es braucht einen Effort, um die einzige vernünftige Lösung für diese Strecke durchzusetzen. Um den Service Public geht es auch bei der No Billag-Initiative, die die SRG massiv angreift. Diese Abstimmungen finden kurz vor den Wahlen statt, zusammen mit derjenigen zum Lehrplan 21. Darum prägen sie auch stark den Wahlkampf.

Wenn wir Zielen für alle und nicht für wenige zum Durchbruch verhelfen wollen, müssen wir stärker werden. Die Partei wird stärker: wir gewinnen Mitglieder. Ursula ermuntert alle Sektionen, diesen Trend mitzumachen. Es ist Hip, in der SP zu sein, vor allem in Stadt und Agglo. Auf dem Land ist die Situation schwieriger, aber auch da ist ein Zulegen möglich. Der harte Rechtskurs in der Politik ist auch eine Chance: es ist wirklich eine schlimme Politik, viele Leute sind enttäuscht, benachteiligt, angewidert: diese Menschen können wir überzeugen. Wir sind konsequent in unserer Politik, wir sind für den Service Public und stärken ihn.

Damit wir zulegen können, müssen alle Kandidierenden, Sektionen, Mandatsträger und –trägerinnen eine aktive und sichtbare Politik machen – in der Gemeinde, der Region und im Kanton. Wir tun bereits heute viel Gutes, aber es ist nicht bekannt, dass es die SP ist, die diese Sachen erkämpft. Es reicht nicht, hinter verschlossenen Türen das Richtige zu tun! Wir müssen proaktiver agieren, uns exponieren, frecher und sichtbarer sein. Das Kämpfen für unsere Sache ist ein Teil davon, aber die gute Gesinnung alleine reicht nicht; wir müssen unser Tun auch bekannt machen.

Auch die Basismitglieder können aktiv werden: im Umfeld oder öffentlich. An einem Stand, bei Verteilaktionen, auf Facebook, mit LeserInnenkommentaren, auf Twitter und natürlich, indem sie bei der Basiskampagne mitmachen.

Ursula danke allen für ihr Kommen und das aktive Mitkämpfen!

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmenzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Reto Schneider	Thomas Schilt
Tischreihe 2	Armin Gyger	Jakob Bühler
Tischreihe 3	Pia Wüthrich	Daniel Wyrsh
Tischreihe 4	Meret Schindler	Maya Eigenmann
	Mohamed Abdirahim	Agnes Nienhaus

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Stefan Neuenschwander, Angelika Neuhaus (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Margrit Junker, Elisabeth Striffeler und den StimmzählerInnen.

Alle Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Margrit Junker abgegeben werden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird einstimmig wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 26.8.2017

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

4 REDE MATTHIAS AEBISCHER

Matthias Aebischer, Nationalrat SP Kanton Bern

Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Cher et chères Camarades

Vor ein paar Jahren wollte eine Partei das Bankgeheimnis retten, damit die reichen bescheissen können. Vor ein paar Jahren wollte eine Partei Flugzeuge kaufen und gleichzeitig in der Bildung sparen. Vor ein paar Jahren haben vier alte Minister den Vaterschaftsurlaub gekippt, weil Frauen Kinder haben.

Ihr habt es gemerkt: Das war alles nicht vor ein paar Jahren, das passiert jetzt!

Immer wieder heisst es, die Sozialdemokratie sei ein Opfer ihres Erfolges. Matthias kann das nicht mehr hören! In einer Zeit, in der jemand die oben beschriebenen Dinge macht, haben wir noch

sehr viel zu tun. In so einer Zeit wird uns die Arbeit nie ausgehen. Wir müssen gemeinsam gegen rechte Ideen kämpfen. Wir müssen wachsam sein, dass die Dinge, für die wir in den letzten Jahren gekämpft haben, nicht schleichend abgebaut werden.

Matthias' Mutter hat in den 50er- und 60erjahren für Frauenrechte gekämpft. Sie erntete Schimpf und Schande von den stockkonservativen Gegnern dieser Anliegen. Sie sagten ihr, sie solle besser auf ihre Kinder aufpassen. Ihre Kinder waren aber stolz auf ihre Mutter! Auch heute werden Frauen nicht mit den gleichen Ellen gemessen. Es läuft oft noch perfider als damals: offiziell können Frauen heute die gleichen Ämter besetzen, wie Männer. Unterschwellig wird dann oft gesagt, sie seien gerade für dieses Amt nicht geeignet. Bei den Bundesratswahlen im Herbst wurde überall, auch in der SP diskutiert, ob Isabelle Moret fähig für dieses Amt ist. Eine Wahl vorher wurde Guy Parmelin gewählt - als ob der besser wäre! Das gleiche Muster läuft in Bern, Köniz und anderswo: wir sind noch nicht angekommen! Die SP-Fraktion ist die einzige im Nationalrat, in der die Frauen die Mehrheit haben: 25 Frauen und 18 Männer sind dort. Und das ist gut so!

Wir haben jahrzehntelang für eine bessere Vereinbarung von Beruf und Familie gekämpft; dafür, dass Männer im Haushalt und mit den Kindern mithelfen und Frauen auch berufstätig sind. Auch dafür haben wir ein KiTa-Netz aufgebaut. Jetzt ist der Vaterschaftsurlaub abgelehnt, abgelehnt von vier bürgerlichen Männern. Damit hinkt die Schweiz um Jahrzehnte hinterher, wie auch schon damals mit der Einführung des Frauenstimmrechts. Jetzt, wenn alles pfannenfertig ist, sagen sie einfach nein. Diese Leute beklagen gerne den Fachkräftemangel und schicken gleichzeitig die Frauen zurück an den Herd – die haben wirklich wenig begriffen! Und wir haben noch viel zu tun.

Die Schweiz steht immer noch einer schwarzen Liste: bei uns werden Partei- und Abstimmungsfinanzierungen nicht offengelegt. Theoretisch können Parteien immer noch durch Personen und Unternehmungen finanziert werden und niemand wüsste es, alles ist geheim. Das ist ein Skandal für die angebliche «Wiege der Demokratie». Dank der Transparenz-Initiative können wir nun über diesen Zustand abstimmen. Matthias ist zuversichtlich und stolz.

Jene Leute, die Abstimmungskämpfe finanzieren, wollen eine rechtsbürgerliche Politik. Was Berlusconi in den 1990ern in Italien machte, findet jetzt auch in der Schweiz statt: Wer genau die Weltwoche gekauft hat, ist heute immer noch offen. Auch beim Kauf der BaZ tappte man lange im Dunkeln, irgendwann wurde es zugegeben. Die BaZ bringt ihre Inhalte nun auch in die Ostschweiz: 25 Lokalanzeiger wurden dazugekauft. Ein TV-Kanal und 26 Zeitungen – und das Imperium soll weiter ausgebaut werden, inklusive dem Abbau der SRG. Die Blocherisierung der Medien ist in vollem Gange, wir müssen uns dagegen wehren. Wenn nicht wir es tun, wer dann? Wir haben viel zu tun – die SP kämpft auch am 4. März gegen die Blocherisierung der Medien. In der Schweiz gibt es verschiedene Kulturen. Bei einem Nein ist es vorbei mit SSR und RTS. Drei Viertel von deren Budget kommen aus den Gebühren. Die Gleichen, die das wollen, sind diejenigen, die eine Berlusconi-Medienlandschaft wollen. Blocher will das, er will der Berlusconi der Schweiz sein. Wenn also irgendwo steht, SP sei ihres Erfolges Opfer, sie habe alles erreicht: vergesst es! Wir haben noch viel zu tun. Wir sind die SP – und Matthias ist stolz in der SP zu sein!

Der Parteitag applaudiert Matthias, Margrit überreicht ihm Blumen.

5 GROSSRATSWAHLEN 2018

5.1 Präsentation Team Basiskampagne

Claudio Bernet stellt die Basiskampagne und das Team vor:

Claudio ist Campaigner für die Stadt Bern und Regioleiter. Damit ist er für das Team und den ganzen Kanton zuständig

Anhand eines Schemas stellt er die Basiskampagne vor. Derzeit laufen die Küchentischtreffen (KTT), Ziel ist es 150 solche Treffen zu machen. Das ist viel, aber wir sind optimistisch.

In einem zweiten Schritt, vom 6. – 20- Januar, laufen die Mitgliedertelefonate. Dann wird versucht, alle Mitglieder, die nicht an den KTT waren, telefonisch zu erreichen und anzufragen, ob sie beim WählerInnentelefonieren im März mithelfen.

Diese Phase umfasst drei Samstage, nämlich den 3., 10. Und 17. März. In den Städten wird auch unter der Woche telefoniert.

Das Team für die Basiskampagne umfasst neben Claudio

- **Abraham Meertens** in Biel/Bienne-Seeland und dem Jura Bernois
- **Jonas Ammann** in Bern Mittelland-Nord
- **Lukas Schumacher** im Oberaargau und Emmental
- **Nadine Swan** in Bern Mittelland-Süd und im Oberland
- **Vanessa Salamanca** in Thun und in Bern Mittelland-Süd

Die meisten haben die jeweils zuständige Person wahrscheinlich schon kennengelernt. Das Team ist sehr motiviert. Es geht darum, dass wir 15'000 Gespräche führen, dafür benötigen wir 500 Freiwillige als Unterstützung. Je mehr Leute mitmachen, desto besser. Es wird eine gute Kampagne, wenn wir alle zusammenstehen, denn die SP arbeitet mit Menschen statt mit Millionen: unsere Ziele erreichen wir, wenn wir mit den Leuten arbeiten können.

Ursula Marti dankt dem Basiskampagnen-Team. Sie haben einen harten Job, müssen immer allen nachrennen und sie motivieren bis zum bitteren Ende. Es ist toll, dass sie es machen und dass es so ein junges motiviertes Team ist. Sie wünscht ihnen viel Erfolg viel Freude.

Ursula appelliert zudem an die Anwesenden, bei der Basiskampagne aktiv mitzumachen, es ist eine tolle Sache. Sie selber hat auch ein Küchentischtreffen gemacht, es war ein toller, spannender und gemütlicher Abend. Das beste an der Basiskampagne ist die Stimmung dabei, gemeinsam etwas zu machen.

Es werden Listen herumgereicht, in die man sich für das Mitmachen eintragen kann.

5.2 Präsentation Wahlplattform

5.2.1 Bildung, Arbeit und Innovation

Christine Blum, Grossrätin Melchnau

Vor zwei Wochen sind 28 Junge Berufsleute mit vielen Medaillen aus Abu Dhabi heimgekehrt. Bei der Berufs-WM waren sie äusserst erfolgreich. Am erfolgreichsten die Teams aus dem Oberaargau und dem Luzerner Hinterland. Wir haben also gute Berufsleute und viele Goldmedaillen.

Dieser Erfolg ist nur eine von vielen Sachen, die den Erfolg des Kantons widerspiegeln. Bildung fängt nicht erst in der Schule an, sondern schon im Vorschulalter bei den Kindern und den Familien, damit wir etwas erreichen. Eine der sinnvollsten Investitionen in die Bildung, ist die Förderung der Chancengerechtigkeit. Darum soll das Projekt Primano auf den ganzen Kanton ausgeweitet werden. Insgesamt geht es darum, viele gute Angebote zu verknüpfen, die Zugänge zu erleichtern und Schwellen abzubauen, damit Familien profitieren können.

Wir brauchen Kindertagesstätten und Tagesschulen, die erschwinglich sind und eine gute Qualität haben. Wir fordern gute Schulbildung für alle Kinder in einem System, dass die Heterogenität meistert. Das ist unser wichtigstes Ziel. Dafür benötigen wir genügend gut ausgebildetes Betreuungspersonal und kantonale attraktive Berufsbedingungen.

Damit wir diese Ziele erreichen, müssen wir dranbleiben! Die Sekundarstufe 2 soll nicht geschmälert werden. Dort gibt es gute Ausbildungsabschlüsse und einen tiefen Prozentsatz

gescheiterter Übergänge zwischen Schule und Beruf. Daran müssen wir festhalten, das müssen wir weiterpflegen.

Die Investitionen in nachhaltige Forschung bringt interessante neue Entwicklungen mit sich und sichert Arbeitsplätze: es gibt neue Berufsbilder und damit vielfältige Chancen für die Zukunft. Das ist ein Mittel für lebendiges Kulturschaffen: So wird das Leben und Arbeiten im Kanton gefördert, auch wenn er nicht der steuergünstigste Kanton ist.

Und schliesslich wollen wir faire Arbeitsbedingungen für alle. Dazu braucht es zwingend Frauenförderung, Lohngleichheit und einen guten Mindestlohn.

Aus diesen Überlegungen hinaus sind auch unsere drei Hauptforderungen entstanden: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Investitionen in Bildung und Forschung und einen existenzsichernden Mindestlohn.

5.2.2 Gesundheit, Soziale Sicherheit und Integration

Samantha Dunning, Grossrätin Biel/Bienne

Die Abbaupolitik oder besser Zerstörungspolitik der Bürgerlichen ist im Bereich der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates (GSoK) massiv und wirklich schlimm! In diesem Bereich sind wir alle betroffen: alle können einmal krank werden, auf Ergänzungsleistung oder IV angewiesen sein oder Angehörige pflegen müssen. Den Zerstörungspolitikern ist das egal. Sie missachten die Würde der Menschen, indem sie die Sozialhilfe senken, Prämienverbilligungen reduzieren. Aber das Bekämpfen der hilft nicht gegen Krankheit und Armut! Dafür braucht es soziale Sicherheit; dazu müssen SKOS-Richtlinien respektiert werden, Ergänzungsleistungen für Arme erhältlich und KiTa-Plätze erschwinglich sein. Diese und viele andere Dinge helfen Armen wirklich. Aber es braucht auch die Teilhabe aller in der Gesellschaft, auch Menschen, die zu uns migriert sind. Wir müssen zusehen, dass unnötige Hürden bei der Einbürgerung reduziert werden und dass Asylsuchende ab ihrer Ankunft bei uns integriert werden. Die Wirtschaft muss in diesen Prozess eingebunden werden und ihren Teil mittragen. Für eine gelingende Soziale Sicherheit müssen wir die nötigen Rahmenbedingungen bereitstellen, statt einfach zu sparen und zu strafen!

Meret Schindler, Grossrätin Bern

Die medizinische Grundversorgung für alle ist nicht diskutierbar! Die VertreterInnen der Spitalstandortinitiative unterstellten der SP, dass ihr die Randregionen im Kanton egal sind. Das Gegenteil ist der Fall: Wir fördern in diesen Regionen ÄrztInnennetzwerke, Gesundheitszentren, Geburtshäuser und Hebammenstrukturen. Nicht die SP wollte den Gesundheitsbereich, die Spitäler privatisieren, es waren die Bürgerlichen. Aber jetzt, wo die Spitäler dort nicht mehr «rentieren» und geschlossen werden sollen, machen sich die gleichen Bürgerlichen plötzlich Sorgen um die Randregionen. Und die SP macht konstruktive Vorschläge zum Thema.

Als SP machen wir uns stark für faire Prämienverbilligungen. Das hat das bürgerliche Büro des Grossen Rates nicht goutiert: Es hat beschlossen, eine dringliche Motion gegen die Senkung der Prämienverbilligungen per 1.1.18 nicht als nicht dringlich einzustufen. Darum kommt der Vorstoss erst nach der Senkung überhaupt in den Grossen Rat. Solche politischen Entscheide zeigen deutlich auf, dass es eine Stärkung der SP im Grossen Rat UND im Regierungsrat braucht!

Wir werden älter wegen unserer besseren Gesundheit, das müssen wir pflegen: Die Wahl haben bedeutet gute Rahmenbedingungen und bezahlbare Spitex. Mit dem Abbaupaket bezahlt jeder Patient und jede Patientin 15.95 pro Tag für die Spitex. Reiche bezahlen das locker, Leute, die nur die AHV haben, nicht. So wird einem die Wahl zum Heimeintritt abgenommen.

Wir setzen uns für alle ein, nicht nur für wenige!

5.2.3 Verkehr, Raumplanung und Energie

Kornelia Hässig, Grossrätin Zollikofen

Kornelia kommt zum grünen Daumen der SP. Wir dürfen das Feld nicht den Grünen überlassen. Sie wird deshalb provokativer sein, als es die Wahlplattform ist. Der Verkehr ist ein gefräßiges Monster, er frisst Landschaft und säuft Brennstoffe. Dabei wird er immer fetter und frisst sich immer weiter in die Landschaft hinein.

Die Mobilität wird sich in den nächsten Jahren stark ändern, es werden neue Formen entstehen und wahrscheinlich werden Elektroautos Benziner und Dieselfahrzeuge verdrängen. Die Elektromobilität umschiffen wir derzeit, in der Wahlplattform gibt es keine klare Position dazu. Wir sind vor allem öV-Leute, auch Kornelia mag den öV und ist für die E-Mobilität. Aber das schützt die Landschaft nicht. Dafür brauchen wir andere Massnahmen: Carpooling, Carsharing und natürlich Velowege. Letztere sind wichtig, weil die Sicherheit steigt und so mehr Leute aufs Velo kommen. Carsharing, beispielsweise Mobility, bedeutet, dass es weniger Platz braucht für Autos auf den Strassen und Parkplätzen. Carpooling wiederum bedeutet, dass es weniger Autos braucht – und es hat einen sozialen Effekt: wir müssen näher zusammenrücken und miteinander sprechen. Wenn wir zusammenstehen braucht zukünftig nicht jeder ein Auto! Wir dürfen im Wahlkampf auch provokativ sein und ein Ende des Strassenbaus fordern: Engpässe sind wichtig, weil sie ein Umdenken erfordern. Wenn wir sie also laufend beseitigen, stoppen wir das Umdenken.

Ohne Energie geht gar nichts. Die Annahme der Energiestrategie im Mai hat gezeigt, dass die Bevölkerung bereit für den Schritt weg von der fossilen Energie hin zu den Erneuerbaren ist. Ein sparsamer Umgang wird dennoch nötig sein: Wir verbrauchen in Europa Energie im Überfluss, weil immer genug da war. Der Ausstieg wird aber ein Umdenken erfordern. Die Energie ist ein gutes Feld für politische Forderungen, allerdings läuft auf diesem Feld auch schon viel und zum Glück rennen wir oftmals offene Türen ein. Gerade auch dank Barbara Egger-Jenzer ist der Kanton Bern in dem Bereich nicht rückständig, sondern eher fortschrittlich.

Die Umwelt ist die Basis für unsere Lebensqualität. Umweltschutz ist mühsam, es wurde auch schon viel erreicht, aber wir sind noch nicht am Ziel! Es sollte eigentlich nur noch Biolandwirtschaft geben und massiv besseren Gewässerschutz. Denn gerade die Gewässerqualität ist immer noch problematisch!

Visionen sind wichtig, damit sich etwas bewegt. Darum stellen wir weiterhin Forderungen, nur so können wir unser grünes Gärtchen blühen lassen.

Reto Müller, Grossrat Langenthal

Das Raumplanungsgesetz wurde zum Glück angenommen, denn wir müssen aufhören, noch unbebaute Flächen grossflächig zu bebauen. Heute werden täglich mehrere Fussballfelder mit Beton versiegelt. Ist das nötig? Wir haben in diesem Bereich ein Vorgartenproblem: überall soll verdichtet werden – nur bitte nicht gerade bei mir! Wir haben 350 Gemeinden im Kanton. Jede hortet eine Baulandreserve – wir müssen anfangen, grosszügiger zu denken. Die Idee der SP ist es, dass wir in den Zentren und entlang den Entwicklungsachsen wachsen und dort, wo es noch möglich ist, gegen innen. Wir müssen öV-erschlossene Gebiete wachsen lassen, um den motorisierten Individualverkehr auf dem Land zu verhindern: das ist dann Landschaftsschutz. Mehr Dichte in den Zentren bedingt auch Ausgleichsmassnahme für das soziale Zusammenleben: es braucht Freiraum in dichten Quartieren. Das können Gemeinschaftsräume, Projekte ohne Höchstrendite oder Spielplätze sein! So bleibt die Lebensqualität weiter in den Quartieren, Städten und Dörfern hoch: überall braucht es die Grundversorgung und die nötige Infrastruktur.

In Münsingen gibt es einen rekordhohen Leerwohnungsbestand von 11.7%, das könnte aber auch eine falsche Zahl sein. In Langenthal stehen 5-10 % der Wohnungen leer, das ist in Bern, Biel und anderen Zentren unvorstellbar. Pensionskassen und Grossanleger reagieren auf die Negativzinsen und investieren in Bauten. Nicht preisgünstige Wohnungen natürlich, sie wollen die Rendite mit Luxusbauten hoch halten. Mit einer konsequenten Abgabe des Landes im Baurecht könnte der

Druck aufrechterhalten werden. Der Staat könnte kostengünstiges Bauen einfordern. Dann würde sich die Entwicklung verbessern.

5.3 Diskussion und Verabschiedung Wahlplattform

Es gab keinen einzigen Antrag zur Wahlplattform. Entweder ist das Dokument so gut vorbereitet oder die Debattierfreude so niedrig. Einzig die GL hat bei der zweiten Behandlung des Dokuments zwei Ergänzungen gemacht. Diese konnten im Dokument im zweiten Versand nachgelesen werden.

Vorgeschlagen wird eine Ergänzung der zweiten Hauptforderung zum Kapitel Bildung und Forschung. Neu soll sie «Mehr Investitionen in Bildung und Forschung» lauten.

Beim Absatz Soziale Sicherheit zudem soll folgender Satz angehängt werden: «Familien, bei denen die Eltern trotz Erwerbstätigkeit die Existenz der Familie nicht aus eigener Kraft sichern können, sollen mit Familienergänzungsleistungen unterstützt werden.»

Wortmeldung **Mohamed Abdirahim**, SP Bümpliz-Betlehem/JUSO

Die Wahlplattform ist vorbildlich ausgearbeitet, dennoch fehlt etwas: Die Gleichstellung von LGBTQI-Menschen! Es ist ein Fakt, dass Menschen gejagt, verschleppt, gefoltert werden – nur wegen ihrer Sexualität oder weil sie Transmenschen sind. Diese Art der Diskriminierung gibt es auch in der Schweiz – wenn auch nicht so extrem wie anderswo. Es ist schade, dass dieser Punkt nicht vorhanden ist, bei den nächsten Wahlen muss man das auch erwähnen.

Ursula Marti bedankt sich bei Mohamed für seinen Input.

Damit sind wie Wortmeldungen bereits vorbei, es geht heute schnell.

Abstimmung

Die GL beantragt dem Parteitag die Verabschiedung der Wahlplattform mit den beiden Änderungen, die im zweiten Versand kommuniziert wurden.

Der Parteitag folgt der Empfehlung einstimmig mit einer Enthaltung.

6 RESOLUTIONEN

Es wurden keine Resolutionen eingereicht.

7 VERSCHIEDENES

Es gibt keine weiteren Themen.

8 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Elisabeth Striffeler fasst zusammen, worüber wir heute gesprochen haben:

Es ging um Abbau, den wir vor uns haben, Abbau bei Abstimmungen und beim Service Public. Wir haben gehört, dass es hip ist, in der SP zu sein, dass wir unsere Zugehörigkeit zeigen und kämpfen sollen. Wir müssen Wachsam sein, um Erreichtes nicht wieder zu verlieren. Dafür haben wir aber viel zu tun: wir sollen nicht nur stolz auf unsere Mitgliedschaft sein, sondern auch telefonieren.

Im Bildungsbereich braucht es gute Lehrpersonen und Anstellungsbedingungen und den Rahmen für Innovationen. Die bürgerliche Mehrheit baut ab, vor allem im Gesundheitswesen, bei den

Armen, den Alten und den Asylsuchenden. Das gesunde Älterwerden muss gepflegt werden. Wir haben ein grünes Herz und Gewissen, es gibt gefräßige Monster und Spuren im Verkehr. Darum dürfen Verhaltensänderungen nicht vor dem eigenen Auto Halt machen.

Und: Ohne Energie und die SP geht nichts, darum sollen wir mutig, laut und visionär sein.

Elisabeth wünscht allen einen schönen Abend und gutes Heimkommen – seien wir stolz, SP-lerInnen zu sein!

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags: 20.20

Für das Protokoll

Zora Schindler



- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen